

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.
Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2 M. — vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M. 80 G.



Anzeigenpreis.
Der 6-spaltigen Petitzeile oder deren Raum für Geisenheim 10 G.;
außwärtiger Preis 15 M. — Reklamenpreis 30 G.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 145.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag, den 12. Dezember 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Die Entente und unsere Regierung.

Die Entente will grundsätzlich mit Arbeiter- und Soldatenräten nichts zu tun haben. Für diesen Standpunkt liegen vielerlei mehrere durchschlagende Beweise vor.

So wird aus Wilhelmshaven berichtet, daß ein englischer Admiral, der dort eintraf, um die Abstellung unserer Kriegsschiffe zu kontrollieren, zu allererst die Frage stellte, ob er an Bord der Kriegsschiffe Matrosenräte oder in der Kommission, mit der er zu verhandeln habe, Vertreter von A. und S.-Räten antreffen würde. Dies konnte verneint werden. Der Engländer versicherte darauf, er habe auch den strikten Befehl, überall da in Verhandlungen gar nicht erst einzutreten, wo dabei Arbeiter- und Soldatenräte in Frage kämen.

Seit ist die deutsche Revolution gerade vier Wochen alt. So lange haben wir die Regierung Ebert-Haase, und in diesen vier Wochen ist, wie wir hören, kein amtliches Schriftstück von der Entente an sie gelangt. Die Entente verhandelt mit niemandem, der nicht von der vorigen Regierung noch autorisiert erscheint, und lehnt unsere gegenwärtige Regierung ab, weil sie sie nicht auf den Mehrheitswillen des deutschen Volkes, sondern auf die Diktatur des Proletariats gegründet sieht, mit einem Wort, weil sie sie als bolschewistisch betrachtet.

Am 13. d. Mts. sollen in Trier Verhandlungen über eine Verlängerung des Waffenstillstandes beginnen. In dieser Angelegenheit hat nun die Entente unsere Regierung vollständig abgewiesen, ihr Oberkommando hat sich ohne weiteres an das deutsche Oberkommando gewandt.

Welche Folgerung aus dieser Sachlage zu ziehen braucht eigentlich gar nicht erneut festgestellt zu werden: ohne Nationalversammlung gibt es keinen Frieden, ja, nicht einmal einen Vorfrieden.

Zwischen Krieg und Frieden.

Europa im Winter von Hungersnot bedroht.

Aus New York wird gemeldet: Die Nahrungsmittelverwaltung hat die Beschränkung für den Handel mit Getreide, Mais, Hafer aufgehoben. Außerdem erlaubt sie eine Verschiffung von Kaffee.

Der frühere Nahrungsmittelkontrollant Elmes weist in einem Briefe an den Präsidenten des Lebensmittelskomitees darauf hin, daß die Lage der Lebensmittelversorgung der Welt nach einer Zeit besorgniserregend bleiben werde. Welche Bedrohungen aus dem kommenden Winter von Hungersnot bedroht. Deshalb müßten die hauptsächlichsten Sicherheitsmaßnahmen für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel während des Winters und des Frühjahrs in Kraft bleiben.

Saldane über die Vorgeschichte des Krieges.

Der frühere englische Kriegsminister Saldane sagte über die Vorgeschichte des Krieges laut dem Nieuwe Courant: „Wir haben am Montag, den 3. August 1914 um 11 Uhr mobilisiert. 36 Std. bevor wir den Krieg erklärten. Die Mobilisation war keine Kriegserklärung. Wir konnten auch im Frieden mobilisieren, um bereit zu sein. In den wenigen Stunden nach der Kriegserklärung war mit Hilfe der Flotte das Expeditionskorps über dem Kanal, bevor jemand etwas wußte. Das Detachement erreichte den Konzentrationsplatz innerhalb neun Tagen. Das war das Ergebnis der damaligen Frage, für welches Ziel ist die Expeditionarmee notwendig?“

Der britische Kriegsplan.

Zum ersten Male erzählt die Öffentlichkeit von dem großen kriegsähnlichen Kriegsplan, den die Engländer für alle Kriegsschauplätze der Welt aufgestellt und konsequent durchgeführt haben.

Lord George machte hierüber in einer Rede in Leeds folgende Mitteilungen:

„Falls wir nicht Feldheere nach Mesopotamien und Palästina geschickt hätten, wäre Bulgarien nicht ausgeschlossen und die Türkei würde nicht zusammengebrochen sein. Desterreich hätte zusammengefallen, als es sah, daß die Alliierten durch die Hintertür ins Land kommen könnten. Die Alpen waren ein guter Schutz, doch war es vorbei, als die Hintertür aufgemacht wurde.“

Die große Krise am 21. März 1918 erwähnend, sagte Lord George, daß er an Wilson telegraphiert hätte, daß jetzt unbedingt amerikanische Hilfe nötig sei, er möchte umgehend 120 000 Mann nach Europa senden. Am folgenden Tage kam die Antwort. Wilson telegraphierte: Sendet viermal Schiffe her, und wenn werden wir 120 000 Mann senden. Es war ein großes Mägelchen, zumal mit der Versorgung von Lebensmitteln und Rohmaterial. Die Amerikaner haben 1 900 000 Mann geschickt, von denen 1 100 000 durch die britische Handelsflotte herübergebracht wurden.

Danach hat man auf deutscher Seite anscheinend den „Rebentkriegsplan“ in Mesopotamien und Palästina zu wenig Beachtung geschenkt.

Militäruniformen beliebig verwendbar.

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle ist das alleinige Recht der Kommunalverbände und einiger anderer rheinisch zugelassener Stellen zum ausschließlichen Erwerb von getragenen Uniformen aufgehoben. Die getragenen Uniformen dürfen von jetzt ab auch von Geschäften, insbesondere vom Alt-Kleiderhandel, gekauft werden.

Ein Soldatenrat gegen unhöfliche Geschäftsleute.

Die unhöfliche Behandlung der Käufer in manchen Geschäften gibt dem A. und S.-Rat Herne Veranlassung, folgende Bekanntmachung zu erlassen: Mehrere eingelaufene Beschwerden veranlassen uns, die Kaufleute dringend zu ersuchen, ihrem Personal Anweisung zu geben, die Kundschaft in geziemender Weise zu behandeln. Im Gegenseite sehen wir uns zu anderen Maßnahmen gezwungen; das selbe wird aber auch von den Käufern gegenüber den Verkäufern erwartet.

Das Wahlrecht der Gifffabrikanten.

Die „Dresdener Volkszeitung“, das Organ der gegenwärtigen sächsischen Regierung, bringt unter der Überschrift „Revolution und Volksbildung“ einen, allem Anschein nach von dem neuen Kultusminister Bud herrührende Artikel, in dem über den Religionsunterricht in den Schulen u. a. gesagt wird:

„Es besteht kein zwingender Anlaß gegen die Durchführung folgender freierlicher Forderung: Von Neujahr an ist in den Schulen aller Religionsunterricht wahlfrei; für Kinder bis zu zehn Jahren bestimmen die Eltern, ob sie noch am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht. Kinder von elf und mehr Jahren entscheiden selbst darüber.“

Das sächsische Kultusministerium geht also noch weiter, als das preussische unter Adolf Hoffmann, das erst den 14 Jahre alten Schülern das Bestimmungsrecht darüber zugestehen, ob sie am Religionsunterricht teilnehmen wollen oder nicht.

Belgische Forderungen an Holland.

„Krieg Van Maritime Verichtingen“ in Brüssel hat eine Entschliessung angenommen, in der folgendes gefordert wird:

1. Der Bent oder Westerschelde genannte Scheldearm wird vollständig belgisches Gebiet.

2. Das zwischen diesem Arm und Fländern gelegene Seeländisch-Fländern wird Belgien angegliedert.

3. Das holländische Gebiet zwischen der Bucht von Waas und dem Gebiet von Vlaaricht wird belgisch.

4. Als Gegenleistung wird gemäß der Entschliessung der amtligen holländisch-belgischen Kommission im Jahre 1906 Hollands die Kanalverlängerung der Waas zwischen Bisse und Wente durchgegraben.

5. Die zukünftige Grenzlinie wird durch die gemeinsame Bucht des Waas-Kanals, wie er von der gemeinsamen Kommission geplant ist, gebildet.

Es wurde beschlossen, diese Entschliessung dem Ministerium des Inneren mit dem Ersuchen zur Kenntnis zu bringen, daß sie auf der Friedenskonferenz zur Sprache gebracht werden.

Keine Entscheidung der Kaiserfrage ohne Wilson.

Zum Bedenken des amerikanischen Auswärtigen Amtes werden sämtliche Schritte, die im Zusammenhang mit den Vorfällen, den Kaiser auszuscheiden, aufgehoben, bis Wilson in Europa angekommen sei. Vor seiner Abreise hat Wilson über diesbezügliche Pläne keinerlei Auskunft in seinen Regierungskreisen erteilt.

Der feierliche Grabschritt — nach deutschem Muster.

Der Stellvertreter des Bayerischen Gesandten in Berlin teilt mit:

Im Interesse des geordneten Verlaufs der Revolution in allen Teilen Deutschlands lag es, die vielen alarmierenden Nachrichten über das Verhalten der Besatzungen in der Bayerischen Rheinpfalz sowie im Rheinland, mit aller Heftigkeit aufzunehmen. Die Meinung aus der Pfalz über die Vergewaltigung einer Reihe von Mädchen wurde schon demontiert. In Nachrichten aus dem Rheinland wird ein falscher Eindruck dadurch erweckt, daß die in Aachen, Trier u. a. ergangenen Erlasse als spontane Eingebungen des Kommandanten hingestellt wurden, während es sich doch immer nur um eine Wiederholung der Vorhersagen handelt, die von der deutschen Regierung in Belgien, Frankreich, Polen u. a. allgemein erlassen waren.

Der in M.-Gladbach angeschlagene Befehl des belgischen Stadtkommandanten ist in einigen Punkten gegen die gleichen Erlasse in anderen Städten, die früher besetzt wurden, gemildert; so z. B. heißt es nicht, daß diejenigen, die Waffen betroffen werden, erschossen, sondern verhaftet werden. Ferner ist der Zwang, die Offiziere zu gräßen, fortgefallen.

Wenn die Spartakusleute besessen.

Wie jetzt festgestellt ist, sind in der Nacht zum 21. November beim Sturm auf das Polizeipräsidium im ganzen 49 Personen von Spartakisten aus dem Polizeigewahrsam befreit worden. Darunter befanden sich 28 Diebe, Plünderer und Einbrecher, 5 Expreßler, 6 weitere wegen verschiedener gemeiner Vergehen festgenommene, 3 Fahnenflüchtige, 1 wegen unangenehmer Ausweises festgenommene.

Der 3 Mann von der Schloßwache, die auf Befehl des Magistrats verhaftet waren, insgesamt 45 Personen.

Zwangspensionierung der Beamten?

In Berliner Beamtenkreisen erzählt man sich, die jetzige Regierung habe vor, alle Beamten mit 58 Jahren zur Disposition zu stellen und mit 60 Jahren zu pensionieren.

Wir können uns nicht denken, daß eine solche Maßnahme, die in das wirtschaftliche Leben der durch den Krieg hart mitgenommenen Beamenschaft so tief eingreift, von der Regierung auch nur geplant ist.

Umgehende Auflösung der Regierung wäre hier not.

Vor Ankauf militärischen Eigentums wird gewarnt.

Um der unrechtmäßigen Veräußerung und Verschleppung von Kriegsmaterial entgegenzuwirken, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Magdeburg eine Bahnhofskontrolle eingerichtet, die sich glänzend bewährt und Abschaffung verdient. Ein einziger Vertreter dieser Bahnhofswache hat bei der Bahnhofskontrolle die Verschleppung von Kleidungsstücken, Stiefeln, Pierden usw. im Werte von mehreren hunderttausend Mark verhindert und dadurch die Allgemeinheit vor großem Schaden bewahrt. Vor Ankauf militärischen Eigentums wird neuerdings dringend gewarnt.

Luftverkehr ab Berlin.

Der Plan eines Luftverkehrs innerhalb Deutschlands dürfte schon in den nächsten Tagen, sichtlich besser vorausgesetzt, in Kraft treten. Die Firma Luftfahrzeug Schütte-Lanz in Jena, die den Luftverkehr ins Leben gerufen hat, sind von der Heeresverwaltung zehn Flugzeuge zur Verfügung gestellt worden. Die Flugzeuge können, außer dem Piloten, eine Person oder zwei aufnehmen und werden von Führern geleitet, deren Sicherheit im Frieden und im Krieg vielfach erprobt wurde. Wegen der Kälte werden die Flugzeuge durch große Windfächer geschützt, die am Motor angebracht sind. Außerdem stehen warme Pelze, Pelzstiefel und Pelztaschen den Reisenden zur Verfügung.

Der Luftverkehr soll in der Hauptsache dem Personenverkehr dienen. Der Preis für die Personenbeförderung beträgt für den Eisenbahnkilometer 2,50 Mark. Die Flugzeuge fliegen je nach der Windstärke 120 bis 140 Kilometer in der Stunde. Bei unklarem Wetter, dem dem das Flugzeug nur in 200 bis 300 Meter Höhe verkehren kann, gelten die Eisenbahnlinien als Wegweiser, während bei klarem Wetter die direkte Luftlinie eingeschlagen wird.

Die Flugdauer beträgt für eine Reise von Berlin nach Breslau etwa 2 Stunden 40 Minuten, nach München 4 1/2 Stunden, Köln 4 1/2 Stunden, Königsberg 4 1/2 Stunden und Memel 5 1/2 Stunden, bedeutet demnach eine große Zeitersparnis gegenüber der heutigen Eisenbahnfahrt. Der Start erfolgt ab Flugplatz Königs-Wusterhausen oder vom Tempelhofer Feld.

Die Firma ist übrigens dabei, Maschinenflugzeuge, die 30 bis 40 Personen fassen, für den Luftverkehr einzurichten. Hierzu werden Kriegsflugzeuge verwendet, bei denen die Bombenabwurfvorrichtungen entfernt sind. An deren Stelle soll eine große Kabine eingebaut werden. Diese Flugzeuge sollen im Frühjahr eingestellt werden und den Personenverkehr in großem Umfang aufnehmen.

Amerikas Lebensmittelhilfe für Deutschland.

Mit Präsident Wilson hat sich eine Lebensmittelkommission nach Europa eingeschifft, welche die Versorgung der Mittelmächte mit Lebensmitteln und Rohstoffen übernehmen soll. Ihr gehören eine Anzahl deutsch-amerikaner an, die sich bei Kriegsausbruch auf den Boden der Wilsonschen Grundsätze gestellt hatten.

Erfolgreiche Repressivmaßnahmen gegen Frankreich.

Die deutsche Regierung hat in Paris mitteilen lassen, daß, wenn die Ausweisungen aus Eliaß-Bohringen im bisherigen Maße fort dauern sollten, deutscherseits die Ausweisung sämtlicher Eliaß-Bohringer aus Deutschland erzwungen werden müsse. Darauf ist französischerseits angeordnet worden, daß die Ausweisungen fortan nur noch aus politischen Gründen und nicht mehr auf Grund namenloser Anzeigen erfolgen sollen.

Die Verschwörung im Hotel Bristol.

Die aufgeregte Phantasie einzelner Regierungsfreie kann sich nicht genug tun im Ausdenken von Verschwörungen gegen die Revolution.

Sonntag vormittag sind von Soldaten des Berliner Sicherheitsdienstes etwa 100 Personen in den verschiedenen Räumen des Hotel Bristol festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht worden. Nach nahezu einstündigem Verhör sind sämtliche Festgenommene mit Ausnahme des Referendars Dr. Ead entlassen worden.

Die Festnahme stand im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer besonderen Studentenwehr, die sich ohne Bewilligung der Regierung gebildet hat, um für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Berlin zu sorgen. Diese Studentenwehr hat sich bereits in den ersten Tagen nach der Revolution ge-

Widet. Ihr Führer war Referendar Dr. Sad. In die Wehr sind ungefähr 500 Hörer der Berliner Universität eingetreten. Durch die Vermittlung eines Offiziers des Kriegsministeriums ist es ihnen gelungen, 500 Gewehre zu erhalten.

Die zur Bewaffnung der Studentenwehr dienen sollten, und die im Hotel Bristol zum Teil untergebracht worden sind, wo sich auch das Büro des Leiters der Studentenwehr, Dr. Sad, befindet. Die Studentenwehr hatte die Absicht, für den Fall eines Putzsches der Spartakusgruppe jederzeit alarmbereit zu sein.

Die Berliner Soldatenwehr hat erst in den jüngsten Tagen von dieser eigenmächtig gebildeten Studentenwehr erhalten und der Polizeipräsident verfügte sofort die Auflösung dieser Wehr und die Festnahme ihres Leiters. Gestern vormittag drangen deshalb Soldaten des Sicherheitsdienstes in das Hotel ein und nahmen sämtliche Personen fest, die sich in dem Hotel befanden. Der untersuchende Kriminalkommissar mußte erst eine genaue Vernehmung aller Festgenommenen durchführen, ehe es gelang, festzustellen, daß sie alle bis auf den Referendar Sad an der Affäre unbeteiligt waren.

Die Ermittlungen haben bisher ergeben, daß es nur um

keine politische Organisation

gehandelt hat, sondern lediglich um den Wunsch der Studenten, im Interesse der Regierung Eberts Putzsch zu verhindern. Referendar Dr. Sad hat für die Zwecke der Wehr unter seinen Bekannten Geldsammlungen eingeleitet, die mehrere tausend Mark ergaben. Ein Zusammenhang zwischen dieser Studentenwehr und dem Versuch im Abgeordnetenhaus, den Bollzugsrat zu verhaften, besteht nicht. Die Festnahme des Dr. Sad ist erfolgt, weil die Regierung es nicht dulden wollte, daß jüngere unerfahrene Leute eventuell auf eigene Faust Waffenbesitz ausübten.

Riesendemonstration in Berlin.

Strasendemonstrationen in Berlin

Den Strasendemonstrationen am Sonntag sah man in Berlin vielerseits mit gerechten Besorgnissen entgegen, da man Ausbrüche des Fanatismus der Spartakusleute befürchtete. Doch ist alles ruhig verlaufen.

Die Mehrheitssozialisten tagten in 14 Massenversammlungen, worauf sich die Teilnehmer im Lustgarten trafen, um eine Rede Eberts, der von den Stufen des Alten Museums herab sprach, zu hören. Er verkündete die feste Entschlossenheit der Regierung, allen Putzschversuchen, ob von rechts oder von links, gegenüber eine feste Hand zu zeigen.

Gegenüber den Massen der Mehrheitssozialisten brachten die Spartakusleute nur einige Tausend Mann auf, die in Treptow, im Tiergarten und im Humboldt-hain demonstrierten. Nachher zogen die Teilnehmer vor das Reichskanzlerpalais, und hier kam es zu einem sehr

bezeichnenden Zwischenfall.

Im Reichskanzlerpalais war nur der Volksbeauftragte Barth von den Unabhängigen anwesend, der der Menge zu ihrer großen Überraschung folgende Standrede hielt:

„Ich wünsche nur einmal mit Diebstahl in einem der größten Säle Berlins, sagen wir im Rirkus Busch, zusammenzutreffen, um ihm zu sagen, was ich ihr zu sagen habe (große Unruhe), und ich bürge dafür, daß nicht ein Arbeiter auf seiner Seite bleibt (wilde Gegenrufe). Daß ich in der Regierung sitze und daß ich zugegeben habe, daß die Regierung und der Bollzugsrat politisch zusammengesetzt sind, das ist geschehen, weil im Rirkus Busch am 10. November nicht Scheidemann, sondern Karl Liebknecht auf mich einbrang und sagte: es muß geschehen, wenn die Revolution nicht gefährdet werden soll.“

Als er soweit gekommen war, ertönten stürmische Unterbrechungen: „Er lügt! Schweinehund! Strolch! Dump! Die Taschen hast Du Dir voll gemacht! Wauer! Holt den Kerl herunter!haut ihn!“

Plötzlich ertönte Karl Liebknechts pathetische Stimme durch den tobenenden Lärm. Liebknecht sagte: „In einer ungeheuren Demonstration haben wir den Willen des Berliner Proletariats deutlich verkündet. Wir haben gezeigt, daß wir

die Macht haben, das ganze Reich anzunehmen.“

Aber ich fordere Euch auf, heute Euren Willen und Eure Entschlossenheit nur in dem Hause zu dokumentieren: es lebe die soziale Revolution, es lebe die Weltrevolution!“

Brausende Hochrufe ertönten, aber sie waren noch nicht verklungen, als schon die stürmischen Pfürze gegen Barth wieder einsetzten.

Die groteske Szene, die den Regierungen von heute gezeigt hat, daß bei den Massen nicht neben dem „Hosannah“ das „Kreuzzeichen“ steht, endete damit, daß die Menge sich schließlich verlor. Nur von dem Zimmer des Volksbeauftragten Barth, der kaltblütig aus dem Fenster sah und eine Zigarette rauchte, klang noch immer ein erregter, wüßtschimpfender Menschenlärm, der mindestens seinen sofortigen Austritt aus der Regierung forderte.

Eine Verhaftung Liebknechts.

Sonabend erschien in der Redaktion der „Röten Fahne“ in der Königsberger Straße ein Bizefeldweibel der republikanischen Garde v. Tschila, der Karl Liebknecht zu sprechen verlangte. Da der letztere nicht anwesend war, so erklärte der Bizefeldweibel, später wieder kommen zu wollen. Als Liebknecht gegen 1/8 Uhr abends über den Hof ging, um sich nach der Druckerei seines Blattes zu begeben, trat der Bizefeldweibel auf ihn zu und erklärte ihn für verhaftet. Der Soldat legitierte sich als Bizefeldweibel der republikanischen Garde Depot Hannoverische Straße und betonte, von dem Depotführer den Befehl zur Verhaftung erhalten zu haben. Durch Hinzutreten mehrerer Soldaten wurde die Verhaftung verhindert, und die Sicherheitspolizei verständigt. Kommissar Prinz erschien bald darauf, und Tschila wurde im Auto nach dem Polizeipräsidium abgeführt. Von dort aus wurde der Bizefeldweibel nach seinem Depot entlassen. Dort aber erklärte man am Sonntag morgen, daß v. Tschila überhaupt nicht angestellt sei; es ist bisher noch nicht gelungen, den Bizefeldweibel aufzufinden.

550 Mann Matrosenwache für den Bollzugsrat.

Aus Anlaß des Putzschversuchs gegen den Bollzugsrat sind die Gardebataillone, die im Abgeordnetenhaus die Wache für den Bollzugsrat bildeten, durch 550 Matrosen abgelöst worden, die im Abgeordneten-

hause einquartiert worden sind und noch durch weitere 200 Mann verstärkt werden sollen.

Eine Hamburger Gegenrevolution.

Vom Hamburger A. und S.-Rat wird folgende Meldung verbreitet:

An den Redakteur des „Hamburgischen Korrespondenten“ Abter trafen vor einer Woche Kapitalisten und Reaktionäre mit der Frage heran, ob er ihnen nicht Verbindungen mit Soldatenkreisen verschaffen könne. Es handelte sich darum, führende radikale Mitglieder des Arbeiterrates zu verhaften, um den Arbeiterrat mit gemäßigten Elementen zu besetzen und sofort den Senat und die Bürgerschaft zur Schaffung einer Hamburger Verfassung einzuberufen. Abter hatte Beziehungen zu dem Matrosen Jeller und zwei ehemaligen Mitgliedern der Presseabteilung des A. und S.-Rates.

In mehreren Besprechungen wurde beschlossen, vierzehn Mitglieder des A. und S.-Rates und andere im Vordergrund stehende Revolutionäre zu verhaften. Diese sollten am Montag morgen 6 Uhr in ihrer Wohnung festgenommen und mittels Autos dem Untersuchungsgefängnis zugeführt werden. Am Montag abend sollte das

Matrosen militärisch beiegt werden.

Von einer Gruppe Kapitalisten war nach der Erklärung Abters eine halbe Million zur Verfügung gestellt, mit der die Verhaftungen bestochen werden sollten. Auch Senatsmitglieder waren von dem Plan unterrichtet.

Am Freitag abend fanden in dem Hotel „Der Jahreszeiten“ Besprechungen Jellers und seiner Mitverschworenen mit 8-10 Geldgebern statt. Hier wurden alle Einzelheiten durchberaten. Die Kapitalisten versprachen, Geld in unbegrenztem Maße zur Verfügung stellen zu wollen. Am Sonntag nachmittag hatte Jeller mit den übrigen Verschworenen in einem Hamburger Restaurant eine Fluchtbesprechung. Hierbei wurden sie durch den Arbeiter- und Soldatenrat festgenommen, der bereits seit einigen Tagen vom Stande der Dinge Kenntnis hatte. Welche Kapitalistenkreise an dem Putzsch beteiligt sind und wie weit er in offizielle Kreise hineinspielt, wird noch später mitgeteilt werden.

In der heutigen Zeit, wo Verschwörungen und Gegenverschwörungen in den Köpfen zahlreicher Zeitgenossen kochen, kann die Möglichkeit dieser Darstellung nicht von vornherein abgelehnt werden. Manche Einzelheiten klingen allerdings ganz unglücklich.

Der genannte Redakteur Abter ist nach unserer Kenntnis ein sehr reger Herr von orientalischer Phantasie, der sich eine Zeitlang als Kriegskorrespondent betätigte und schon immer große Pläne „wälzte“. Besonders ernsthaft ist er nicht zu nehmen.

Ehysen und Stinnes verhaftet.

Großindustrielle unter dem Verdacht des Landesverrats.

Der Münchener Arbeiter- und Soldatenrat hat die Verhaftung einer Anzahl Großindustrieller des Ruhrreviers veranlaßt. Die Herren wurden unter irgend welchen Vorwänden aus ihren Wohnungen gelockt und dann auf der Straße verhaftet, zum Münchener Bahnhof gebracht und von dort nach Essen weitertransportiert. Von Essen sollen die Verhafteten angeliefert mit der Eisenbahn nach Berlin transportiert worden sein. Es handelt sich um August Ehysen senior, dessen Sohn Fritz Ehysen junior, Edmund Stinnes, Sohn des August Stinnes, Direktor Hertz, Direktor Weder, Direktor Witz, Kommerzienrat Klüßen, Seniorchef der Firma Mathias Stinnes, Bergassessor Stenz und Direktor Moser. Grund der Verhaftung soll nach einem Flugblatt des Arbeiter- und Soldatenrats der Plan der Großindustriellen sein, die Arbeiter durch die Ententetruppen zunichte zu lassen. In dem genannten Flugblatt heißt es u. a.:

„Wie flossen sie über von wahrer Vaterlandsliebe und von Kriegergebenheit, die Herren Großkapitalisten! Wie konnten sie während jener blutigen Tage alle Schwächen und Beschimpfen, die nicht willens waren, alles freudig auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern und nicht ihr alles einzugehen und sich ihre Knochen zerbrechen lassen wollten, um die Interessen der Ehysen und Stinnes, bis zum letzten Mann. Die Herren Großindustriellen wollten den Kampf fortsetzen und nicht eher Frieden schließen, als bis insgesamt alle Feinde, niedergerungen und zu einem deutschen Frieden bereit seien. Diese Herren Industriellen des Rheinlands und Westfalens; damit ihre Profite noch größer würden, wollten sie die Arbeiter zur Schlachtbank hegen.“

Die Großindustriellen sollen am 5. Dezember in Dortmund eine Versammlung abgehalten haben, wobei August Ehysen der Rohwendigkeit einer Befreiung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets durch die Entente das Wort geredet, und zwar zur Befreiung der roten Gefahr und des Achtundertages, und ferner, weil der deutsche Kapitalismus vor und während des Krieges mit dem Kapitalismus des Westverbandes eng verbrüdet gewesen und die Verbindung erhalten werden müsse.

Diese Verurteilung will einer der bedienenden Stellner geübt haben.

Diese Begründung der Verhaftung enthält mancherlei Unwahrscheinlichkeiten in sich, wie z. B. die Sicherung von Geheimnissen durch Verbringung nach Hannover. Die gerichtliche Untersuchung wird sicherlich eine Aufklärung des Tatbestandes herbeiführen.

Ähnliche Vorwürfe sind gegen Stinnes bereits vor einigen Tagen von Prof. Alfred Weber in einer demokratischen Versammlung in Berlin erhoben worden. Sie gingen u. a. dahin, daß Stinnes in Spa bei den Waffenstillstandsverhandlungen Vergünstigungen für die rheinisch-westfälischen Großindustriellen herauszuschlagen suchte. Stinnes bezeichnet in einer Erklärung diese Vorwürfe als gemeine Lügen eines Ehrabschneiders und Verleumders.

In Essen ist ein Kruppdirektor vom Arbeiter- und Soldatenrat als Geisel vorübergehend in Haft genommen worden. Daburh sollten die zum Divisionen nftandten Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrats gesichert werden. Die Kruppdirektion protestierte in einem Telegramm an die Reichskanzlei gegen diese Einschränkung der persönlichen Freiheit.

Lokales und Provinzielles.

* S. Weissenheim, 12. Dez. Das Rheingau Elektrizitätswerk Eltville gibt bekannt, daß zufolge der schlechten

Kohlen und des geringen Kohlenbestandes, abwechselungsweise der untere bzw. obere Rheingau abgeschaltet werden muß. Für den unteren Rheingau erfolgt die Abschaltung von 8-12 Uhr vormittags.

KA Weissenheim 12. Dez. Nach den Erfahrungen, die bisher bei der Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenunterstützung in Frankfurt a. M. gesammelt worden sind, ist der Zufluß an Arbeitskräften auch von Orten des Regierungsbezirks Wiesbaden nach Frankfurt a. M. ein sehr großer. Vor diesem Zugzug nach Frankfurt a. M. muß auf das nachdrücklichste gewarnt werden, da der Arbeitsmarkt in Frankfurt keineswegs derart liegt, daß eine größere Zahl von Arbeitskräften dort untergebracht werden kann. Insbesondere muß auch beachtet werden, daß den zuziehenden Arbeitern in Frankfurt eine Erwerbslosenunterstützung nicht gegeben werden kann, falls sie dort nicht ortsanfässig sind. Die Lage der Zuziehenden kann also eine äußerst bedenkliche werden. Alle beteiligten Stellen werden deshalb gut daran tun, den Zugzug nach Frankfurt mit allen Mitteln zu verhindern. Das gleiche gilt übrigens für alle größeren Städte, so auch für unsere Nachbarstadt Wiesbaden.

Δ zu um zum Montag. Eine vergebens war die Inauguration der jungen Mädchen richtet der Hirschberger Volksauschuss und der Soldatenrat. Sie sagen in einer Bekanntmachung über die Demobilisierung: Welche Schicksale müssen entlassen werden müssen. Diese sind Arbeitsgelegenheit in den verschiedensten Haushaltungen. Es ist keine Schande, den Fieberhalter mit dem Kochlöffel oder dem Staubbesen zu vertauschen, denn unser tommender Geschlecht braucht tüchtige erfahrene Hausmütter und die können nur in praktischer Arbeit sich um ihren natürlichen Beruf vorbereiten. Beherzigt dies und handelt danach, es ist dies eine der großen Pflichten unserer schweren Zeit.

Δ Startes Sinken der Verkaufspreise bevorstehend. Der Arbeiter- und Soldatenrat Dresden hält es für angebracht, den minderbemittelten Bevölkerungskreisen von der Neuanschaffung von Möbeln, Schuhwaren, Bekleidungsstücken usw. in der gegenwärtigen Zeit abzuraten. Es kann bestimmt mit einem starken Sinken der jetzigen hohen Verkaufspreise gerechnet werden; in einigen Wochen mag sich das Fallen der Preise bemerkbar. Es liegt darum im Interesse des einzelnen, mit Käufen, die nicht ganz dringlich notwendig erscheinen, einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten.

* Frankfurt, 11. Dez. Bei dem höchsten Volkschutzberein wurde ein höchster Kriegsgutschein der Stadt Höchst über 50 Mark angehalten, der sich als eine Fälschung erwies. Höchst hat bis jetzt überhaupt noch keine 50-Mark-Scheine ausgegeben. Das Standbild des Erzengels Michael auf der Terrasse des Rathauses in Bad Homburg das während des Krieges zur Benagelung diente, wurde in der Nacht zum Montag von Vandalen zerstört.

* Mainz 11. Dez. Der „Mainzer Anz.“ schreibt: Ein Teil der für Mainz bestimmten französischen Besatzungstruppen, etwa 1000 Mann vom Infanterie-Regiment Nr. 154 und dem 10. Jäger-Regiment, traf am Montag nachmittag um 1/2 1 Uhr in einem Sonderzuge von Münster a. St. im hiesigen Hauptbahnhof ein. Weiter trafen noch 200 Radfahrer und eine Anzahl Automobilpanzer an, von den letzteren fanden acht Aufstellung vor dem Gouvernament. Bereits im Laufe des Tages wurden die Wagen bezogen. Die Besatzung steht unter dem Befehl des Obersten Geyher, der im „Holländischen Hof“ Wohnung eingenommen hat. Der Verkehr ist von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens unterlag; auch die Straßenbrücke Mainz-Kastel ist nur während dieser Zeit gesperrt. Der Zugverkehr auf der Kasteler Seite ist noch nach dem bestehenden Fahrplan im Gang. Die rechtsrheinischen Züge verkehren vorläufig noch auf der ganzen Strecke Köln-Deutz-Lahnstein Wiesbaden-Mainz-Kastel-Frankfurt. Es wird während der Tage des Vorrückens in die Brückenköpfe vielleicht mit einer Unterbrechung auf einige Tage zu rechnen sein. Die Rheineisenbahnbrücken im Gebiet des Eisenbahndirektionsbezirks Mainz (Mainz-Worms) und das Trajekt Bingen-Rüdesheim bleibt bis auf weiteres gesperrt. Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr nach Worms und dem gesamten rechtsrheinischen Gebiet ist seit 9. Dez. abends auf Befehl des mit der Übernahme des Telegraphenamts beauftragten französischen Offiziers gesperrt. Zugelassen nach vorheriger Zensur des Zensur-Offiziers im „Holländischen Hof“ sind nur Telegramme und Fernsprechgespräche für Angelegenheiten der Lebensmittelbeschaffung und der Industrie. Freigegeben ist der Verkehr in der linksrheinischen Gegend mit Ausnahme von Worms. Eine aus einem amerikanischen, einem englischen und vier französischen Offizieren bestehende interalliierte Kommission, die mittags hier eingetroffen, hatte im Eisenbahndirektionsgebäude mit der an Stelle der bisherigen Einienkommandanten eingesetzten Unterkommission eine Besprechung über eisenbahntechnische Fragen. Die auf dem Gouvernamentgebäude wohnende rote Fahne wurde alsbald eingezogen. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ wird das 21. Armeekorps unter General Mangin Mainz besetzen. Gestern wurde folgende Bekanntmachung erlassen: Durch Anordnung des französischen Befehlshabers von Mainz ist mit sofortiger Wirkung folgendes bestimmt worden: 1. Zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens deutscher Zeit darf niemand auf der Straße sein. 2. Polizei, Bürgerwehr, Gas- und Elektrizitätsarbeiter, Bahn-, Post-, Telegraphenbeamten usw., die innerhalb dieser Zeit dienstlich tätig sein müssen, haben sich durch eine Bescheinigung auszuweisen, die von der vorgesetzten Dienststelle unter Bezeichnung des Dienstfelds auszustellen ist, und den Namen und die Dienststellung der Beamten oder Arbeiter genau anzugeben hat. Diese Bescheinigungen müssen außerdem mit dem Dienstfeld des Oberbürgermeisters ausgestellt sein, mit seinem Dienstfeld versehenen Bescheinigung, die im Zimmer 29 des Stadthauses während der Bürostunden zu beantragen ist. 3. Bis Dienstag den 16. Dezember, abends 6 Uhr, sind alle Feuerwaffen und Munition im Privatbesitz bei den zuständigen Polizeibezirken abzuliefern. Die Eigentümer haben die einzelnen Stücke auf einem daran angebrachten Zettel mit ihrem Namen zu versehen. 4. Die Schläge der Briefkasten sind offen zu halten. Alle Beamten in Uniform (auch Bürgerwehr und Hilfspolizisten) haben die französischen Offiziere zu grüßen. 5. Jede Uebertretung dieser Bestimmungen wird mit scharfer Strafe geahndet. Mainz den 9. Dezember 1918. Der Oberbürger-

meister Dr. Göttemann. Genehmigt der Oberst und Kommandant v. Goybed.

Koblenz, 10. Dez. In der gestrigen Sitzung des Arbeiterrates machte Oberbürgermeister Gloschmann folgende Mitteilung: Nach den Erklärungen der amerikanischen Kommission bleibt der Verkehr zwischen den beiden Rheinufern unbehindert. Das bürgerliche Leben erfährt keine Eingriffe. Politische Versammlungen usw. werden gestattet, wenn die Bevölkerung den Weisungen des Kommandanten nachkommt. Requisitionen wird die amerikanische Armee nur vornehmen, wenn der Nachschub gestört wird. Die Amerikaner haben sich damit einverstanden erklärt, daß das Besatzungsamt unter Leitung der Stadt weiterarbeitet. Deutscher Brückenkommissar ist der Oberpräsident der Rheinprovinz.

Aus aller Welt.

14 Tage ohne Brot war man jetzt in verschiedenen Dörfern des Kreises Hunsrück und im benachbarten Stadelheim. Gerade als die vorhandene Weizenmenge auf die Reize ging und Korn für die nächsten Wochen ausgemahlen werden sollte, trat völlige Windstille ein, die die Windmühlen zum Stillstand zwang. Es ist gewiß eine Seltenheit, das man auf dem Lande, das selbst Korn erntet, ohne Brot ist.

Umfangreiche Fleischschleibungen ist die Berliner Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Es wurden bei einem Großschlachtermeister im Osten Berlins etwa 50 Doppelzentner-Fässer mit versalzenem, angeblich verdorbenem Pöckelfleisch und bei einem bekannten Metzgermeister im Zentrum Berlins 25 Zentner Pöckelfleisch vorgefunden und sofort, weil der Verdacht der Schleichung besteht, beschlagnahmt. Verdächtig ist das Fehlen jeder Korrespondenz über Einkauf und Verkauf der Fleischmenge, die ursprünglich 800 Zentner betragen haben soll.

Drei Todesopfer hat ein Brandunglück gefordert, das sich in Berlin, im Hause Giesstraße 55, ereignete. In der Wohnung einer Schlofferfrau Klimmet entzündeten sich auf noch nicht aufgeküllte Art mehrere Filmbänder. Durch die Explosion gerieten Betten und anderer Hausrat in Brand. Zwei Kinder der Frau Klimmet, die 6 Jahre alte Tochter Elfrida und die 8 Jahre alte Tochter Anna, wurden so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus an den Brandwunden starben.

Verhaftung eines Landrats. Großes Aufsehen erregt in Pinneberg die Verhaftung des Landrates, Geh. Regierungsrat Dr. Scheiff. Er ist unter dem Verdacht schwerer Verfehlungen der Staatsanwaltschaft in Altona geführt worden.

Ankunft der Helgoländer auf ihrer Insel. Der Dampfer „Prinzessin Heinrich“ ist vor Helgoland mit der zurückkehrenden Zivilbevölkerung eingetroffen. Des Rebels halber mußte der Dampfer wiederholt stillliegen, gegenüber Wladstadt etwa 10 Stunden.

Hindenburgs künftiger Wohnsitz. Aus Lüneburg wird geschrieben, daß sich Generalfeldmarschall v. Hindenburg nach vollendeter Demobilisation in der Nähe der alten Heidestadt zur Ruhe setzen wolle. Er habe sich als Wohnsitz das eine Viertelstunde von Lüneburg gelegene Kloster Lüne ausgewählt.

Der Dom, wie man in Hamburg den großen Jahrmarkt auf dem Heiligengefelle nennt, hat am Sonntag seinen Anfang genommen. Obwohl nur Hamburger Geschäftsleute, oder solche, die in einem Umkreis von 15 Kilometern wohnen, zugelassen sind, weist dieser erste Jahrmarkt der Großstadt einen ganz ansehnlichen Umfang auf. Zahlreich sind die Schaustellungen aller Art und die Vergnügungsfestlichkeiten.

Verhängnisvolles Spiel am Munitionswagen. Auf dem Schulhofe der Kronprinzenschule in Gelsenkirchen spielten zahlreiche Kinder auf den Wagen der dort einquartierten Truppen, u. a. auch auf einem Wagen, auf dem sich Gewehre befanden. Plötzlich frachte ein Schuß und zwei Kinder im Alter von sieben bis acht Jahren stürzten getroffen zu Boden, eins war sofort tot, das andere schwer verletzt. Wie die Untersuchung ergab, war das betr. Gewehr noch mit scharfen Patronen versehen und nicht gesichert.

Der Flecktyphus nimmt in den östlichen Kreisen Preußens immer bedrohlicheren Umfang an. In einzelnen Orten der Provinz Posen übertrifft die Zahl der Erkrankungen schon jetzt diejenige des Jahres 1915 um ein erhebliches. Die Ursache dieser Erscheinung ist der völlige Zusammenbruch des Entlausungsdienstes an unserer Grenze, nachdem die polnischen Ärzte in größerer Zahl ihren Dienst verlassen haben, während der Hebertritt von demobilisierten Soldaten und Wandern über die Grenze ganz ungehindert vor sich geht. Wird gegen die schlimme Seuche nicht mit aller Energie von der Regierung vorgegangen, so droht uns neben allen anderen Gefahren noch eine katastrophale Volks-epidemie.

Todesfälle nach Brannwein-genuss. In der letzten Zeit ist in Köln-Wülfrath wieder eine Anzahl von Todesfällen vorgekommen, bei denen durch gerichtliche angeordnete Obduktion Methylnalkoholvergiftung als Todesursache festgestellt worden ist. Es wird daher vor dem Genuß von Brannwein jeglicher Art, dessen Herkunft irgendwie zweifelhaft ist, dringend gewarnt. Wirte und Händler, die gefälschten Brannwein verabsorbieren sehen sich der Gefahr schwerer Strafen aus.

230 000 Mark unterschlagen. Unter Mitnahme von 230 000 Mark ist aus der elterlichen Wohnung der Sohn eines Großkaufmanns aus Berlin verschwunden. Der junge Mann hatte in der letzten Zeit etwas sonderbares Wesen gezeigt und verschiedentlich geäußert, daß er ins Ausland gehen wolle. Diesen Entschluß hat er jetzt ausgeführt und ist unter Mitnahme von 230 000 Mark, die er der elterlichen Kasse entnahm, abgereist.

Armherzige Banern. Aus Schleiden in Oesterreich wird gemeldet: Die hiesigen Landwirte haben sich zu einer freiwilligen Spende von 30 Stück Butter und zu einem einmaligen Verzicht auf ihre Selbstversorgung bereit erklärt. Die Butter ist für die fleischlose Woche an sechzig arme und kranke Einwohner verteilt worden.

Zusammenstoß in Frankreich. 10 Tote, 25 Verwundete. Der Schnellzug nach Orleans ließ beim Bahnhof von Reung-sur-Votre mit einem amerikanischen Güterzug zusammenstoßen. Vier Wagen wurden zerstört. Es wurden bereits 10 Tote und 25 Verletzte festgestellt. Unter den Trümmern liegen noch Leichen.

Gefangene Russen und Italiener als Söldnerhändler. Aus Hohenfurt bei Vöstenstein wird berichtet, daß dort die Kriegsgefangenen Russen und Italiener, die jetzt ohne militärischen Begleitposten ausgehen dürfen, einen schwindehaften Tauschhandel gegen Abgabe von Seife, Brot, Kartoffeln und sonstigen Lebensmitteln betreiben. Auf dem Güterbahnhof in Vöstenz werden oft Lebensmittel gestohlen. Diesem gefährlichen Treiben wird leider von der Zivilbevölkerung noch Rücksicht geleistet.

Gegen die Profitgier. Einem Kaufmann in Langenscheidt wurden 70 000 Zigarren und 30 000 Zigaretten beschlagnahmt, die er während des Krieges zu hohen Preisen aus Gewinnlust eingekauft hatte, und die er nun zu noch höheren Preisen veräußern wollte. Jetzt muß der profitgierige Mann die Ware weit unter dem Einkaufspreis abgeben.

Aus Leidenschaft in den Tod. Töblich verunglückte vor dem Lübecker Bahnhof ein Marinefeldat, als dieser vor Einfahrt aus dem von Hamburg kommenden noch in Fahrt befindlichen Zug gesprungen war. Er wurde von einem entgegenkommenden Zug erfasst und überfahren.

In der Heimat gestorben... Ein trauriges Geschick traf den von der Ostfront zurückkehrenden Unteroffizier Sattlergeßellen Wilhelm Illies aus Hannover. Der 48jährige Krieger, der herzleidend war, hatte einen sehr anstrengenden Fußmarsch von Warschau durch das uns so feindliche Polen nach der Grenze zurücklegen müssen. Als er endlich hier eintraf, konnte er zu seiner ihn erwartenden Frau nur wenige Worte des Willkommen sprechen. Bereits nach zwei Stunden hatten die überstandenen Strapazen dem Leben des wackeren Kriegers ein Ende gemacht.

Kleine Gründe, große Wirkungen. In dem Kriegsbetrieb von Gerhard Vauterbach in Sonneberg wurde ein Treibriemenabstahl verübt und zur Bedeckung der Lat das Gebäude in Brand gesetzt. Durch das Feuer wurde der Betrieb mit seinen wertvollen Maschinen vernichtet.

Bei einem Zugzusammenstoß in der Nähe von Chaumont (Dep. Jura) wurden gestern 68 Personen getötet und 151 verletzt.

Nach einer Kabelmeldung aus Washington, fordert das Mitglied des Kongresses Barnett für die nächsten drei Jahre eine Einschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten. Der amerikanische Marineminister hat die Demobilisierung von 100 000 Marinefeldaten angeordnet.

Kloß Georg empfing eine Delegation der Frauenniga für industrielle Arbeit. Er erklärte, daß er für gleiche Entlohnung der Frauen bei gleicher Arbeitsleistung eintreten bereit sei.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 12. Nov. Nachdem sich gestern die preussische Regierung gegen die Versuche verschiedener Gegenden des preussischen Staates gewendet hat, sich von Preußen loszulösen, veröffentlichten jetzt die sechs Volksbeauftragten einen Ruf an das deutsche Volk. Dieser Ruf wendet sich ebenfalls gegen die Bildung einer „Rheinisch-Westfälischen Republik“. Die Volksbeauftragten bekennen als ihr Ziel der großen deutschen „Volksbewegung“ des Nov. 1918 die kraftvolle Zusammenfassung und Vereinigung aller Reichsteile zu einem gemeinsamen Lande, daß die großen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und vollständig vereine. Im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Republik wird auf das entschiedenste Verwahrung auf die grund- und beweislosen Behauptungen eingelegt, es bestünde die völlige Unmöglichkeit in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen und fordert die gesamte Bevölkerung des gesamten deutschen Reiches auf sich zusammen mit der Regierung wie ein Mann zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche offener oder versteckter Art zu vereinigen und entsprechend zu handeln.

TU Berlin, 12. Dez. Wie veräutet, ist die Waffenstillstandskommission in Trier eingetroffen. Sie wurden im Hotel „Zur Post“ von jedem weiteren Verkehr abgeschlossen. Ihre Mitglieder dürfen die Straße nicht betreten und mit niemandem sprechen. Eine Aufklärung über ihre Lage war bisher nicht zu erhalten.

TU Berlin, 12. Dez. Die seit dem 6. Dezember unter dem Verdachte des Hochverrats in Haft befindlichen Großindustriellen August und Fritz Thyssen und Eduard Stinnes sowie die Direktoren der Thyssen-Werke sind gestern abend 7.30 Uhr auf Anordnung des preussischen Ministerpräsidenten Hirsch aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren ist wegen der Haltlosigkeit der Anklage eingestellt worden.

TU Köln, 12. Dez. Die Engländer besonders aber die Schotten gehen in der Beschlagnahme von kleineren Wohnungen und ganzen Häusern scharf und rücksichtslos vor. In den Vororten wurde sehr viel geplündert. Alle Theater müssen heute abend geschlossen haben. In der Nacht vom 11. bis 12. Dezember werden die Abren laut den Bestimmungen des englischen Besatzungsheeres auf dem Brückenkopf Köln um eine Stunde zurückgestellt.

TU München 12. Dez. In einer großen Volksversammlung in „Bagner Bräu“ in München, hat Eisner gestern Abend seine Genossen, denen gegenüber er sich als radikaler bekann, zur Ruhe gemahnt. Sie sollten absehen von ihrem Vorhaben, damit die Entente nicht einmarschierte. Die Einberufung der Nationalversammlung Deutschlands erklärte er für unbedingt notwendig.

TU Stuttgart, 11. Dez. Die provisorische württembergische Regierung hat in einer heute stattgefundenen Sitzung beschlossen, den seither auf den 26. Januar festgelegten Wahltermin der verfassungsgebenden Landesversammlung auf den 12. Januar vorzuzerlegen.

TU Wien, 12. Dez. Graf Czernin, der heute Mittag vor Politikern und Zeitungsvertretern die mit großer Spannung erwartete Rede hielt, in der er von ganz neuen, bisher unbekannten Dokumenten, von hochhistorischer Bedeutung sprach, gedachte er immer und immer wieder der deutschen Hilfe. Er sagte u. a. Wir bezogen monatlich 100 Millionen Mark, um unsere Valuta zu stützen. Eine Summe, die im Laufe des Krieges auf über 4 Milliarden Mark angewachsen ist. Trotz dieser außerordentlichen Unterstützung, blieb der einzige Weg zum Frieden zu kommen, Deutsch-

land zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu schließen. Graf Czernin behauptete ganz positiv, daß, so lange ich im Amte war, nur einen Vergiftfrieden für Deutschland und für uns stets als das Maximum des Erreichbaren dargestellt habe. Die Zukunft wird beweisen, welche un-menschliche Anstrengungen wir gemacht haben, um Deutschland zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Wenn sie alle misslingen, so liegt die Schuld nicht bei dem deutschen Volke, auch meiner Ansicht nach nicht dem deutschen Kaiser sondern sie lag bei den führenden deutschen Militärs. Es war schließlich nicht die Schuld, aber jedenfalls meine Entschuldigung für Ludendorff war, daß er die einzige Kraft-natur im deutschen Volke war, und daß er dadurch die ganze Politik auf das Militär geleitet hat. Ein großer Patriot war Ludendorff, aber er hatte das Unglück, die ganze Welt durch Potsdamer Brüllen anzusehen und jeden Friedensversuch zu vermeiden, der keinen Siegfrieden brachte. Im April 1917 überreichte ich Kaiser Karl ein Exposé, welches von ihm an Kaiser Wilhelm geschickt wurde, mit dem Bemerkten, er teile meine Auffassung. In diesem Exposé heißt es u. a. Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegen geht und ein weiterer Winterfeldzug vollständig ausgeschlossen ist. Ich hatte die feste Überzeugung, daß auch Deutschland, genau wie wir am Ende seiner Kraft angelangt ist und was er gegenüber den verantwortlichen politischen Faktoren in Berlin auch gar nicht leugnete. Ich bin stets davon durchdrungen, daß wenn Deutschland versuchen wollte, einen weiteren Winterfeldzug zu führen, sich im Innern des Reiches ebenfalls Umwälzungen ergeben würden, welche viel verhängnisvoller wären, als ein von dem Monarchen geschlossener schlechter Friede. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, dann werden es die Völker über ihre Köpfe hinwegmachen und werden den Weg der Revolution beschreiten.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in Weinbergspfählen.

Tannene, geriffene Kieferne, Gold-Lärche Primis-sia, gesägte, kyanisierte. Rundstäbe kyanisiert, Weinbergspfähle imprägniert und kyanisiert, in Länge von 1,50, 1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl Pfähle zur Baumpflanzung imprägniert und kyanisiert.

Imprägnierte Pfähle zur Baumanlage in 2 bis 4 Meter Länge 5—12 Zentimeter Stoppstärke.

Wer jetzt kauft und bezieht tut gut daran.

Verkauf ab Lager gegen Kasse, Versand gegen Nachnahme.

Elisabeth Dillmann.

vorm. Gregor Dillmann.

ARBEITER

nehmen an die Geisenheimer Kaolinwerke.

Jg. Kaufmann

mit einj. freim. Zeugnis, der nach bestandener Lehre noch einige Zeit in größerem Fabrikgeschäft tätig war, dann zum Heeresdienste einrücken mußte, mit guten Zeugnissen, der Kuchschreibe und des Masch.-Schreibens kundig, sucht anderweitig Stellung.

Angebote unter Nr. K. F. 973 an die Geschäftsstelle erbeten.

Gesucht Tüchtiges Mädchen

was etwas Kochen kann und Hausarbeit übernimmt für 1. Januar nach Wiesbaden. Frau Dr. Schornschneide. Zu melden möglichst bald bei Frau V. Hoebl, Rüdesch. Landstr. 8.

Gebrauchter aber gut erhaltener Schreibtrisch oder Pult

zu kaufen gesucht.

Angebote unter C. B. 899 an die Geschäftsstelle.

Ohne Fleischertrakt Erz

eingedickte Suppenwürze frisch eingetroffen. Frau Rothhaupt Marktstraße.

Hotel, Restaurant, Cafe Hotel zur Linde

Telefon Nr. 205.

Speisezwiebeln

sind zu haben bei Wendlin Dillmann Steinheimerstraße.

Tabak

zu herabgesetztem Preise verkauft A. Farjethan Landstraße 39.

Weihnachts-Zigarren

Stück 40 bis 100 Pfg. in 1a Qualitäten von 50 Stück an lieferbar.

Rauchtabak.

5 Pfund Wischware mit reinem Tabak M. 20.—
5 Pfund feinsten Erftabak M. 12.—
Biete volle Garantie. für feinsten Wohlgeschmack und nehme gegen Portovergütung zurück was nicht gefüllt. Vertreter überall gesucht. E. Fehrer, Tabakfabrik, Friedberg i. Hessen Nr. 7.

Lippmanns Keimtod

beste Stalldesinfektion empfiehlt P. Jos. Klein, Geisenheim, Steinheimerstr.

Besuchskarten Buchdruckerei Jander

Prima Schöfferhof Flaschenbier J. Bach (zur Krone).

Bekanntmachung.

Einwohner, die bereit sind, Betten, Matratzen und Bettwäsche, Tische, Stühle und Waschgeräte für die Unterbringung der feindlichen Besatzung freiwillig zur Verfügung zu stellen, werden gebeten dies baldmöglichst auf dem Rathause anzuzeigen. Es soll versucht werden, dadurch die feindlichen Truppen ganz oder wenigstens zum Teil in Massenquartieren unterzubringen.

Geisenheim, den 11. Dez. 1918.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Sämtliche Waffen, auch Hieb- und Stichwaffen und Munition sind möglichst vor Eintreffen der feindlichen Besatzung spätestens aber bis Freitag, den 23. 12. d. M. auf dem Rathause abzuliefern.

Es wird empfohlen, die Waffen gegen das Verrosten gut einzufetten, da eine Haftung nicht übernommen werden kann.

Bis zu gleichem Termin sind sämtliche im Besitze von Kindern oder Erwachsenen befindlichen Feuerwerkskörper auf dem Rathause abzuliefern.

Nichtbefolgung dieser Anordnung zieht strengste Bestrafung nach sich. Die Eltern sind für die Kinder verantwortlich.

Geisenheim den 11. 12. 18.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die Liste der Handwerker, die sich an der Abstimmung über die Errichtung einer Zwangssinnung für das Friseurhandwerk im Bezirke der Gemeinden des Landkreises Wiesbaden, des Rheingau und Untertaunuskreises beteiligt haben, liegt in der Zeit vom 19. Dezember 1918 bis 5. Januar 1919 im Zimmer 6 des Landratsamtes Wiesbaden, Lessingstraße 16, zur Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten öffentlich aus.

Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Wiesbaden, den 7. Dezember 1918.

Der Landrat.

Wird veröffentlicht:

Geisenheim, den 12. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saat Zwecken und deren Höchstpreise.

Auf Grund der §§ 4, 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (R. G. Bl. S. 307) wird unter Aufhebung der Bekanntmachung gleichen Inhalts vom 15. November 1917 (Reichsanz. 273) bestimmt:

§ 1

Im Gebiet des deutschen Reiches dürfen Saat- und Steckzwiebeln nur gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Landesstelle für Gemüse und Obst (in Preußen und Elsaß-Lothringen der Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst) abgesetzt werden. Die genannten Stellen erlassen die näheren Bestimmungen über die Saatkarte und über die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung zu erteilen ist.

§ 2

Soweit inländische Saat- und Steckzwiebeln nach § 1 dieser Bekanntmachung zu Saat Zwecken gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Stellen abgesetzt werden, dürfen bei dem Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Ctr. nicht überschritten werden.

Für Saatzzwiebeln
bis 31. Dezember 1918 21 M.
vom 1. Januar 1919 ab je Monat und
Jentner 1 M. mehr.

Für Steckzwiebeln
1. längliche und ovale:
Größe I unter 1 1/2 cm. Durchmesser 100 M.
Größe II 1 1/2 bis 2 cm. Durchmesser 80 "
Größe III 2 1/2 bis 3 cm. Durchmesser 60 "
2. plattrunde:
Größe I unter 2 cm. Durchmesser 120 M.
Größe II 2 bis 2 1/2 cm. Durchmesser 100 M.
Größe III 2 1/2 bis 3 cm. Durchmesser 80 M

§ 3

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, 28. Nov. 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende:

von Tilly.

Wird hiermit veröffentlicht:

Geisenheim, 12. Dez. 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Am Freitag, den 13. ds. Mts. von vormittags 9—11 Uhr, findet auf dem Bach'schen Lagerplatz an der Winklerlandstr. der Verkauf von Briquetsabfällen a. Ctr. 1,20 M., und Torf der Ctr. zu 6,00 M. statt.

An demselben Tage von nachm. 2—4 Uhr, kommt in dem Maurer'schen Besitzum (Eingang von der Rapellenstr.) Aussudünger (Ephorkalkium) der Ctr. zu 12 M. zum Verkauf.

Für kleinere Mengen, welche nicht über die Stadtwaage gehen, giebt es in den vorangeführten Stunden Bezugsscheine im Rathausaale gegen Gleichbezahlung.

Geisenheim, 10. Dez. 1918.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Am Samstag den 14. ds. Mts. vormittags 9 Uhr findet der Verkauf von Gemüse an die Einwohner Geisenheims statt.

Zugelassen sind diejenigen Haushaltungen der Lebensmittelkarten 1—200 welche kein Gemüse gezogen haben und im Besitze eines Ausweises sind.

Der Arbeiter- und Bauernrat: Scholl.

Die Materialverwaltung

Bekanntmachung.

Von Dienstag, den 17. Dezember an kommen in den Kolonialwarenhandlungen

Fertige Suppen

zum Verkauf. Auf die Person entfallen

75 Gr. zum Preise von 18 Pfg.

Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes Nr. 17. hat am 13. und 14. Dezember zu erfolgen.

Spätere Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Geisenheim, 12. Dezember 1918.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Freitag, den 13. ds. Mts., wird der bestellte

Weinzucker

im Rathause verabfolgt und zwar für die Besteller

A—O von 8 1/2—12 Uhr vormittags

P—Z " 2—4 " nachmittags

gegen Quittung der Stadtkasse.

Auf 1000 l. 60—70 Pfundgewicht entfallen 70 Pfund

" 1000 l. 71—80 " 50 "

Der Preis für 100 Pfund beträgt M. 150.—

Geisenheim, 11. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von den Anfang Oktober bestellten Schuhbedarfsscheinen für landwirtschaftliche Bevölkerung sind eine Anzahl noch nicht hier abgeholt worden. Wer die Scheine bis Samstag 14/12. nicht in Empfang genommen hat, geht seines Anrechtes verlustig; wir werden die Scheine für andere Personen umschreiben lassen.

Es ist hier bekannt geworden, daß Personen, denen Scheine auf Schuhe mit Holzsohlen zugeteilt wurden, die Schuhe nicht abholen wollen. Wir ersuchen diese Scheine hierher zurückgeben zu wollen, damit die Schuhe anderen Bedürftigen zugewiesen werden können.

Geisenheim, 12. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Laut Bekanntmachung der Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden vom 7. I. Mts. müssen zur Ersparung von Kartoffeln sämtliche Schweineschlachtungen bis spätestens 31. Dezember durchgeführt sein.

Dieses wird mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß die betreffende Bekanntmachung zur Einsichtnahme auf hiesiger Bürgermeisterei offen liegt.

Geisenheim, 12. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Erklärung.

Nachdem der Pfarrer der hiesigen katholischen Kirchengemeinde von der Kanzel herab das Verhalten des hiesigen Arbeiter und Bauernrates bei Gelegenheit des Kirchgangs zur Feier für die heimgekehrten Krieger einer unstatthafter Kritik unterzogen hat, sieht sich der Arbeiter- und Bauernrat gezwungen, hierauf kurz folgendes zu antworten:

Der Arbeiter- und Bauernrat, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, im Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten, und in dessen Sitzungen bisher abfällige Äußerungen über irgend eine Religionsgemeinschaft nicht vorgekommen sind, (weil er besseres zu tun hat, als unnütze Streitigkeiten auszutragen), setzt Zeit und Stunde für die Sitzungen nach eigenem Ermessen fest und muß eine Kritik hierüber durch den hiesigen Pfarrer höflich aber dringend zurückweisen.

Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß umsoweniger Ursache vorlag, den Arbeiter- und Bauernrat von der Kanzel herab anzugreifen, als erstens im allgemeinen Programm ein gemeinschaftlicher Kirchgang nicht erwähnt war und zweitens es jedem Mitglied unbenommen war, am Kirchgang teilzunehmen.

Im übrigen mag der Herr Pfarrer Stähler Kenntnis davon nehmen, daß der Arbeiter- und Bauernrat, mit wenigen Ausnahmen, auch für die Folge jede Einmischung privater Personen, auch die der Pfarrer in seiner Geschäftsführung sich energisch verbittet.

Der Arbeiter- und Bauernrat in Geisenheim.

Verlosung zur Jugendschriften- und Wandschmuckausstellung.

27	113	184	261	380	514	618	676	797	877	945
43	116	191	267	396	516	622	680	803	886	951
44	117	195	279	405	537	624	684	804	887	952
47	124	197	287	443	538	632	688	808	896	953
49	132	210	295	449	567	635	704	816	897	
64	133	211	298	479	569	653	710	819	898	
69	141	215	302	488	571	659	720	827	904	
88	142	250	319	489	588	660	734	833	917	
90	153	251	320	490	602	661	751	835	920	
105	160	252	333	501	603	664	763	843	921	
106	170	260	339	512	612	665	792	855	930	

Die Inhaber dieser Lose wollen die darauf entfallenen Gewinne innerhalb 8 Tagen in meiner Sprechstunde 10—11 Uhr im Schulgebäude abholen.

Der Kreisjugendpfleger: Jansen, Rektor.

Grundstücks-Verkauf

Montag, den 16. Dezember 1918, vormittags 11 Uhr

werde ich im Auftrage der Frau Josef Stuhlträger Barbara geb. Gerstadt und deren Kinder zu Klaus bei Winkel die nachstehenden in der Gemarkung Geisenheim belegenen Grundstücke:

1. Weinberg (Kleewast) Blatt, 37 Ruten 24 Schuh,
2. Weinberg Spigenlehn, 38 Ruten 28 Schuh,
3. Weinberg Rilsberg, 32 Ruten 96 Schuh,
4. Weinberg Rilsberg, 23 Ruten 88 Schuh,
5. Weinberg Spigenlehn, 47 Ruten 88 Schuh,
6. Weinberg Rilsberg, 21 Ruten 76 Schuh,
7. Acker Rilsberg, 26 Ruten 36 Schuh,
8. Weinberg hintere Breidert, 33 Ruten 92 Schuh,
9. Acker hintere Breidert, 67 Ruten 44 Schuh und
10. Acker hintere Breidert, 21 Ruten

im Rath. Vereinshaus (Germania) in Geisenheim öffentlich freiwillig zu fünf Zahlungszielen zum Verkauf ausbieten.

Hieran anschließend kommen nachmittags 2 1/2 Uhr im Sterbehause in der Klaus verschiedene Fuhrwerks- und Herbstgeräte, wie Wagen, Pflüge, Sattelzeug, Traubenmühle, Bütten und dergleichen mehr zur Versteigerung.

Geisenheim, 10. Dez. 1918.

Joh. Daniel, Kirchenrechner.

Immobilien-Verkauf.

Im Anschluß an das Stuhlträger'sche Güter-Ausgebot am Montag den 16. ds. Monats im Rath. Vereinshaus werde ich

1. für Herrn Gutsbesitzer Carl Christ dahier, den Acker und Weinberg im Tal, mit 17 Obstbäumen bepflanzt, zwischen R. Schüller, Spitz und Anstößer, 198 Ruten 24 Schuh groß;
2. für Herrn Freiherrn Gottfried von Zwielerle dahier, den Weinberg jekt Acker im Becht am Rotenbergpfad, ca. 120 Ruten groß;
3. für Herrn Jakob Wolf dahier, den Garten (Bauplatz) an der Winkelerlandstraße, zwischen Gbr. Strauß und David Hemes, ca. 24 Ruten groß;

zu gleichfalls 5 Zahlungszielen zum Verkauf ausbieten.

Geisenheim, 12. Dezember 1918.

Daniel, Kirchenrechner.

Derglasungen jeder Art

Einrahmungen von Bildern, Brautkränzen u. s. m.

schnell und preiswerl.

P. Ahnert, Webersstr. 25.

Bekanntmachung.

Sonntag den 29. Dezember ds. Jahres mit Beginn der neuen Brotkarten eröffne ich wieder meine

Bäckerei.

Wie früher, so werde ich mich auch jetzt bemühen, meine Kundschaft in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

Geisenheim, 10. Dezember 1918.

Frau Joh. Bapt. Dey Wtw.

Aus dem Felde zurück!

Meiner werten Kundschaft, sowie den geehrten Einwohnern zur gefl. Kenntnis, daß ich mein Geschäft wieder eröffnet habe. Reelle Bedienung, zusichernd, zeichne hochachtungsvoll!

V. Kieslich, Schuhmachermeister.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der

Geisenheimer Zeitung (18. Jahrg.)

Exp.: Winkeler Landstrasse 53b

Fernsprech-Anschluss Nr 123.